



Pressemitteilung

Berufsbildungsbericht: Keine Zusammenlegung der Pflegeberufe

Arbeitnehmervertreter und Bündnis für Altenpflege gegen Generalistik / Koalitionsvertrag muss Beruf erhalten

Berlin, 21.11.2013 – Im jährlich vom Bundesministerium für Bildung und Forschung herausgegebenen Berufsbildungsbericht positionieren sich insbesondere die Beauftragten der Arbeitnehmer gegen eine Zusammenlegung der Ausbildungen Altenpflege, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie Gesundheits- und Krankenpflege. Das Bündnis für Altenpflege, dessen Partner die deutliche Mehrheit der ambulanten und stationären Dienstleister (circa 13.000 Einrichtungen) vertreten, kann diese Einschätzung nur bestätigen: „Die Abschaffung der Spezialisierung Altenpflege steigert weder die Attraktivität des Pflegeberufs noch verbessert sie die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen. Obwohl wir international um die duale Ausbildung und um die spezifischen Kompetenzen der Altenpflege beneidet werden und die demografische Entwicklung in aller Munde ist, soll der Beruf abgeschafft werden. Die Zusammenfassung der Pflege in einem Ausbildungsgang wäre an der EU-Richtlinie der Krankenpflege auszurichten. Damit wären Synergieeffekte unmöglich. Im Gegenteil: Die Krankenpflege bliebe im Wesentlichen, wie sie ist, und die spezifischen Inhalte der Altenpflege entfielen ebenso wie der Berufsabschluss“, so Bernd Tews, Geschäftsführer des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste e. V. (bpa) und Bündnismitglied. Tews befürchtet einen Anstieg des Fachkräftemangels, sollte sich die generalistische Ausbildung durchsetzen.

Das sieht die Gruppe der Arbeitnehmer – Mitglieder sind die IG BCE, der DGB, der dbb, die GEW, ver.di, die IG Metall und die IG Bau – offenbar genauso. In der abschließenden Stellungnahme im Bericht heißt es: „Die vorgeschlagene generalistische Ausbildung gefährdet die Qualität der Ausbildung in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie in der Altenpflege, setzt die Berufsfähigkeit bei erfolgreichem Abschluss der Ausbildung aufs Spiel und geht am Bedarf des Arbeitsmarkts vorbei.“

Das Bündnis für Altenpflege fordert die zukünftigen Koalitionspartner auf, bei ihren Verhandlungen pragmatisch vorzugehen: „Es wäre wenig zielführend, drei Bereiche mit ihren differenzierten Inhalten über einen Kamm zu scheren. Statt die Ausbildung zum Altenpfleger abzuschaffen, sollte vielmehr das Grundproblem dieses Arbeitsfeldes behoben werden: die Rahmenbedingungen, unter denen Pflege heute stattfindet. Daher appellieren wir an die verantwortlichen Politiker, für mehr gesellschaftliche Anerkennung und eine tragfähige Finanzierung der Pflege zu sorgen, statt sich mit Themen zu befassen, die ein breites Bündnis schon längst als überholt ansieht“, so Peter Dürrmann, Sprecher des Bündnisses für Altenpflege, abschließend.

Für Rückfragen: Peter Dürrmann, Tel. 05121/2892872

Das Bündnis für Altenpflege (www.buendnis-fuer-altenpflege.de) repräsentiert schon heute über die Hälfte aller Pflegeeinrichtungen.

Beteiligt sind: Arbeitskreis Ausbildungsstätten Altenpflege, Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V., Deutschen Akademie für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie e.V., Deutscher Berufsverband für Altenpflege e.V., Deutsche Expertengruppe Dementenbetreuung e.V., Deutsche Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie e.V., Deutscher Verband der Leitungskräfte von Alten- und Behinderteneinrichtungen, Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe e.V., Wohnstifte im Paritätischen.

Unterstützt wird die Zielsetzung des Bündnisses zudem vom Bundesverband der kommunalen Senioren- und Behinderteneinrichtungen.